

## **Umkämpfter Raum – unser aller Interesse**

### Der Wiener Reumannplatz als Schauplatz eines beispielhaften Ausverhandlungsprozesses

*Lena Krainz – Beitrag zum Momentum Kongress 2020*

#### Einleitung

Das vorliegende Paper basiert zu großen Teilen wortwörtlich auf meiner Diplomarbeit „Interessenkonflikte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume am Beispiel Reumannplatz“ und wurde für den Momentum-Kongress 2020 bearbeitet. Ich möchte überblicksmäßig darlegen, welche Interessen bei dem 2020 abgeschlossenen Umgestaltungsprozess aufeinandertrafen und wie sie sich durchsetzen konnten. Dies stellt ein Beispiel dar, bei dem nicht nur die Rahmenbedingungen der Stadtverwaltung zutage traten, sondern auch die Zivilgesellschaft aktiv in den Prozess eingegriffen hat, den Diskurs und auch den Platz mitgestaltet hat.

Der öffentliche Raum ist in einer Stadt jener Ort, an dem Gesellschaft und Macht sichtbar werden, Fremdes und Bekanntes aufeinandertreffen, Ausverhandlung von Verhalten, Gestaltung und Nutzung stattfindet und somit eine zentrale politische Funktion realisiert wird. Die Umgestaltung von öffentlichem Raum stellt einen besonderen Moment dar, weil deutlich sichtbar wird, für wen der Raum und damit ein wesentlicher Teil der Stadt gebaut wird und wer darin keinen oder wenig Platz hat. Autoritäre Tendenzen können sich also ebenso im öffentlichen Raum manifestieren wie umgekehrt demokratische Teilhabe, Selbstermächtigung und Inklusion. Der öffentliche Raum ist in seiner Idealform zwar allen Menschen gleichermaßen frei zugänglich, historisch gesehen sowie auch heutzutage sind Plätze und öffentliche Räume jedoch meist auch exklusiv. Verdrängungsmechanismen können dabei direkt, etwa mittels Verboten, verstärkten Polizeikontrollen oder exklusiver Gestaltung, wirken oder aber in einem längerfristigen Prozess auf ökonomischer Ebene durch lokal steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, was oft unter dem Schlagwort Gentrifizierung diskutiert wird. Darüber hinaus sei noch erwähnt, dass meist genau jene Personen(gruppen) besonders von Verdrängung betroffen sind, die in erhöhtem Maße auf den öffentlichen Raum angewiesen sind – wohnungslose Menschen, Personen in schlechten Wohnverhältnissen und/oder mit niedrigem Einkommen. All diese Umstände legen nahe, dass es sich beim öffentlichen Raum um einen umkämpften Raum handelt, dessen Relevanz vor dem Hintergrund wachsender Städte, neoliberaler Tendenzen und dem Klimawandel nur weiter zunehmen wird. Ein „Recht auf Stadt“<sup>1</sup> zu fordern, heißt somit auch, ein Recht auf den öffentlichen Raum zu beanspruchen.

Zunächst werden das Untersuchungsbeispiel beschrieben sowie die Ergebnisse der Forschung zusammengefasst. Anschließend wird dieses Fallbeispiel in einen größeren Kontext

---

<sup>1</sup> Das ursprünglich von Henri Lefebvre bereits 1968 formulierte Postulat „Recht auf Stadt“ ist bis heute aktuell und findet in vielen verschiedenen Kontexten Anwendung – als Slogan, Kampfruf oder Diskussionsthema. Dabei wird stets die Frage gestellt, wem die Stadt mit seinen Orten und Funktionen eigentlich gehört und wer über dessen Gestaltung und Nutzung bestimmen soll. (vgl. SCHÄFER, C. (2016): Vorwort. In: LEFEBVRE, H.: Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus, S. 5-25.)

eingebettet, indem allgemeine Trends des öffentlichen Raums und der Stadtentwicklung in Wien beleuchtet werden. Damit soll eine fundierte Bewertung abgegeben werden, inwiefern das Untersuchungsbeispiel repräsentativ für die Wiener Stadtentwicklung stehen kann und welche Lehren daraus für demokratische Teilhabe und eine gerechte Stadt gezogen werden können.

## 1. Der Wiener Reumannplatz – Umgestaltung, aber wie?

### *Theoretische und begriffliche Grundlagen*

Im vorliegenden Paper wird auf das handlungsorientierte relationale Raumkonzept von Martina Löw zurückgegriffen. Raum wird dabei nicht als starrer, befüllbarer Behälter betrachtet, sondern als Produkt menschlichen Handelns gesehen, nämlich als „*relationale (An)Ordnung sozialer Güter und Lebewesen an Orten.*“ [Herv. i. O.] (Löw, 2017, S. 212) Durch die Schreibweise (An)Ordnung wird einerseits der handlungstheoretische Ansatz sichtbar (anordnen) und andererseits die gesellschaftliche Struktur (Ordnung). (vgl. ebd. S. 131) Raum wird also als gebaut, gemacht, konstruiert begriffen, der im Kontext gesellschaftlicher Strukturen, Rahmenbedingungen und Machtverhältnissen produziert wird. Diese Strukturen sind geprägt durch soziale Ungleichheit, denn Handlungsspielräume sind verschieden und Ressourcen sowie die verschiedenen Kapitalformen sind ungleich verteilt.

Als Ergänzung zu Löws Konzept wird Lefebvres Postulat „Recht auf Stadt“ gewählt, das die Frage, wem Stadt gehört, in den Mittelpunkt rückt: Wer hat Recht auf den Reumannplatz? Der Raum, bzw. die Stadt, ist aus einer historisch-materialistischen Perspektive als „gesellschaftliche Wirklichkeit“ zu begreifen, die das „Ergebnis eines konkreten (materiellen) Produktionsprozesses“ darstellt. (SCHMID, 2010, S. 203) Die Produktionsverhältnisse, die Verteilung und Verfügbarkeit von Kapital spielen bei Lefebvre eine große Rolle, womit sich auch mein Fokus auf jene Interessenkonflikte erklären lässt, die sich insbesondere aus ökonomischen Fragen ergeben. Denn im Themenfeld Interessenkonflikte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume könnten ebenso genderspezifische Fragestellungen oder aber zielgruppenorientierte Konflikte, beispielsweise nach Alter stärker in den Blick genommen werden.

Zuletzt sei noch geklärt, was unter öffentlichem Raum verstanden wird, da dies in der Literatur sehr unterschiedlich definiert wird und die Abgrenzung zum privaten Raum oft uneindeutig ist. Im Falle des Reumannplatzes kann entlang der von Selle vorgeschlagenen Dimensionen Produktion, Eigentum, Regulierung und Nutzbarkeit von einem klassischen öffentlichen Raum gesprochen werden. (SELLE, 2003, S. 39 f.) Der Raum wird öffentlich produziert, also finanziert und gestaltet, ist öffentliches Eigentum, wird öffentlich reguliert und ist öffentlich zugänglich womit für den öffentlichen Raum typische Verhaltensweisen ermöglicht werden. (vgl. ebd. S. 39) In diesem Sinne kann über den Reumannplatz gesagt werden, dass er prinzipiell eine hohe normativ-qualitativer Anforderung erfüllt, indem er grundsätzlich dauerhaft für alle zugänglich ist.

## *Um welchen Platz geht es?*

Das Untersuchungsbeispiel stellt aus zwei Gründen einen bemerkenswerten Forschungsgegenstand dar. Im September 2020 wurde der Reumannplatz nach einem langen Ausverhandlungs- und Umgestaltungsprozess offiziell eröffnet. In den letzten Jahren wurde medial sehr umfangreich über die verschiedenen Interessen berichtet, die sich insbesondere um die Frage eines zusätzlichen gastronomischen Angebots drehten. Vor dem Hintergrund aktueller Debatten rund um die Themen Privatisierung im öffentlichen Raum und Gentrifizierung lässt sich anhand des Untersuchungsbeispiels eine besonders relevante und in der Fachwissenschaft aktuell stark diskutierte Fragestellung bearbeiten: Wem gehört der öffentliche Raum, wer hat Anspruch auf ihn? Als zweiter Aspekt sind die demographischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu nennen, die auf (Inner-) Favoriten zutreffen und die Relevanz der Rolle und Funktion von öffentlichem Raum zusätzlich erhöhen. Der 10. Wiener Gemeindebezirk ist nicht nur der bevölkerungsstärkste Bezirk der Stadt, sondern Innerfavoriten ist auch eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Wiens. Während in Wien durchschnittlich 43,4 EinwohnerInnen pro Hektar leben, sind es in Favoriten 58,6 Personen und im unmittelbaren Umkreis des Platzes (500 m) sogar 334 Personen, also fast achtfach mehr als wienweit. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 13) Gleichzeitig kommt auf jede Person nur etwa ein halber Quadratmeter Freiraum. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 20) Im weiteren Bezirksumfeld, dem dicht bebauten Stadtgebiet, gibt es „keine privaten Gärten, und wenige, eher kleine öffentliche Grün- und Freiräume (Antonspark, Arthaberpark)“. (ebd.) Darüber hinaus weist die lokale Bevölkerung ein unterdurchschnittliches Nettojahreseinkommen auf, das 2017 in Favoriten bei 19.122€ lag, während es in Wien 22.362€ entsprach. (vgl. MA 23 – WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK, o.J.) Wenig überraschend erscheint schließlich die verhältnismäßig geringe Wohnfläche pro Person, die rund um den Reumannplatz mit 28,9 m<sup>2</sup> fast 10 m<sup>2</sup> weniger ist, als im wienweiten Durchschnitt von 38 m<sup>2</sup>. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 20)

Es lässt sich also sagen, dass der Nutzungsdruck auf den Reumannplatz besonders hoch ist und dementsprechend die Interessen vielfältig sind. Vor diesem Hintergrund ist auch zu beachten, dass der Platz als zentraler öffentlicher Raum wichtige kulturelle, soziale, ökologische, politische und ökonomische Funktionen erfüllt.<sup>2</sup>

Nachdem entschieden wurde, dass im Zuge der U1-Verlängerung auch der Reumannplatz umgestaltet werden soll, wurde 2015 schließlich das Büro Sonja Gruber und Martina Jauschneg von der MA 19 mit einer Funktions- und Sozialraumanalyse beauftragt, die eine Sekundäranalyse bestehender Forschungsarbeiten lieferte und besonders auf die (potenziellen) NutzerInnen und AnrainerInnen einging. Das Ziel war demnach „unterschiedlichen Interessen an seiner Gestaltung nachzugehen und dabei Alltagspraxen, Bewegungslinien und Sozialräume der verschiedenen sozialen Gruppen in den Fokus zu nehmen.“ (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 7) 2017 wurde ein ebenfalls von der Stadt in Auftrag gegebenes Partizipationsverfahren durchgeführt, um die Interessen der NutzerInnen miteinzubeziehen.

---

<sup>2</sup> Siehe zu den Funktionen des öffentlichen Raums SELLE, Klaus (2008): Öffentliche Räume – eine Einführung. Begriff, Bedeutung und Wandel der öffentlich nutzbaren Räume in den Städten. Aachen.

Erst nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens und nach der Präsentation des Umgestaltungsplanes meldete sich die Wirtschaftskammer Favoriten gemeinsam mit einigen ansässigen Unternehmern medial zu Wort und schlug einen größeren Gastronomiebereich in der Mitte des Platzes vor. (vgl. NN., 2018a) Auf WKO News erschien am 3.9.2018 der Artikel „Gastro als Zugpferd für Reumannplatz“, der inzwischen nicht mehr online verfügbar ist.<sup>3</sup> Auch eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Bezirksvorsteher von Favoriten, Marcus Franz, wurde abgehalten. Daraufhin gründete sich die Initiative Offener Reumannplatz, die auf diese Forderung reagierte und ihrerseits mediale Aufmerksamkeit schaffte, da dieser Vorschlag nicht den Ergebnissen der Beteiligung sowie der Funktions- und Sozialraumanalyse entspräche und dass sie deshalb gegen dieses Gastronomieangebot mobilisierten. (vgl. INITIATIVE OFFENER REUMANNPLATZ, o.J.) Im medialen Diskurs ging es auch darum, ob in dieser Region Gentrifizierungsprozesse zu beobachten sind oder sein werden und ob Personengruppen von dem Ort verdrängt werden könnten. So titelte beispielsweise der Falter: „Die Bobos kommen. Mit dem Sonnwendviertel kamen die Besserverdienenden, nun soll ein schickes Gastroprojekt am Reumannplatz entstehen. Steht Favoriten vor der Gentrifizierung?“ (WITTSTOCK, 2018) Auch die Bezirkszeitung, der Augustin oder ORF Online thematisierten den Interessenkonflikt: „Zwist um den Reumannplatz Neu“, (vgl. PUFLER, 2018) „Protest gegen ‚Prosecco-Zone‘ am Reumannplatz“ (vgl. NN., 2018b), „Schöner sitzen am Reumannplatz? Im Gegensatz zur Bevölkerung wünscht sich die Wirtschaftskammer Kommerzialisierung“. (BUNKE, 2018, S. 13) Die Berichterstattung veranlasste den Bezirksvorsteher in einer Presseausendung zu einer „Klarstellung“. (vgl. SPÖ WIEN RATHAUSKLUB, 2018)

Ein Jahr später, im Juni 2019 wurde schließlich der finalisierte Plan vor Ort präsentiert, im Juni 2019 wurde mit den Bauarbeiten begonnen und im September 2020 wurde der neue Platz offiziell eröffnet – stets begleitet von medialer Berichterstattung. (vgl. SCHRENK, 2019) (vgl. SCHERNDL, 2019) (vgl. WITTSTOCK, 2020) (vgl. NN., 2020) Nach derzeitigem Stand ist kein zusätzliches gastronomisches Angebot konkret in Planung.

### ***Methode und Forschungsergebnisse***

Um die Frage nach den verschiedenen Interessenkonflikten zu beantworten, wurden im Herbst 2019 neun qualitative Interviews mit AkteurInnen aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Planung und Beteiligung sowie gesetzliche Interessensvertretungen durchgeführt. Die Interviews wurden transkribiert, von den Befragten autorisiert und schließlich auf Basis theoretisch fundierter Kategorien ausgewertet.

Grundsätzlich scheint das Interesse am öffentlichen Raum zu steigen, Medien berichten vermehrt darüber, Befragungen nehmen zu, kommerzielle Interessen erheben zunehmend Anspruch auf Freiflächen und auch von stadtplanerischer Seite wird ihm erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Ein direkter Einfluss der steigenden Bevölkerungszahlen in Wien auf den Umgestaltungsprozess konnte allerdings nicht nachgewiesen werden. Grund dafür ist

---

<sup>3</sup> Auf der Homepage der Initiative Offener Reumannplatz ist er unter „IOR Presseinformationen zum Pressegespräch vom 5. Oktober 2018“ einsehbar, verfügbar unter: [http://ior.kulturraum10.at/wp-content/uploads/2018/10/Pressinformationen\\_2018-10-02.pdf](http://ior.kulturraum10.at/wp-content/uploads/2018/10/Pressinformationen_2018-10-02.pdf)

in erster Linie, dass die direkte Umgebung bereits sehr dicht besiedelt ist und einem sehr starken Nutzungsdruck unterliegt. Auch konnte keine neoliberale Tendenz hinsichtlich Privatisierung und Sparmaßnahmen ausgemacht werden. Vielmehr wurde verhältnismäßig viel Geld in die Hand genommen, um den Platz ganzheitlich umgestalten zu können. Dabei war auch keine Diskussion darüber geführt worden, Teile der Finanzierung oder Dienstleistungen wie Erhalt, Pflege, Planung oder Sicherheit an Private abzugeben. Keine Formen der Privatisierung spielten also bei diesem Platz eine Rolle. Einzig im Rahmen der Diskussion um ein größeres gastronomisches Angebot kam die Frage nach quantitativer Ausbreitung privatwirtschaftlicher bzw. kommerzieller Interessen im öffentlichen Raum auf.

Durch das empirische Material wird die hohe Anzahl an verschiedenen Interessen und AkteurInnen sichtbar, die bei der Umgestaltung des Reumannplatzes aufeinandertreffen. Dies ergibt sich u.a. aus der Komplexität des Platzes sowie der vielfältigen Zuständigkeiten und NutzerInnen. Es gibt Park-, Platz- und Straßenbereiche, die unterschiedlichen Magistraten und Abteilungen zugeordnet sind, unterirdisch sind die U-Bahn-Schächte und -Räume zu beachten sowie die Tiefgarage und deren Betreiber. Das Amalienbad gehört wiederum zu einer eigenen Magistratsabteilung, steht aber auch unter Denkmalschutz, weshalb das entsprechende Amt Vorgaben zur barrierefreien Rampe machte. Dies sind nur beispielhaft AkteurInnen, die am Reumannplatz Rechte und Pflichten haben. Hinzu kommen sehr aktive lokale AkteurInnen, wie der Bezirksvorsteher, aber auch Unternehmer vor Ort, die Gebietsbetreuung Stadterneuerung, der Verein Lokale Agenda, wodurch die ReuMÄDCHEN vertreten waren oder einfach engagierte BürgerInnen, die eigens eine Initiative für den Reumannplatz gründeten.

All diesen Personen und Personengruppen stehen verschiedene Instrumente und Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung. Wissen stellt dabei eine zentrale Bedingung dar, denn einerseits muss man über das geplante Vorhaben Bescheid wissen und andererseits benötigt es Wissen darüber, wie Aufmerksamkeit erregt werden kann, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Dies gilt insbesondere für lokale Initiativen. UnternehmerInnen verfügen mit der Wirtschaftskammer zusätzlich über finanzielles Kapital zur Durchsetzung ihrer Interessen. Im Gegensatz dazu kann sich die Arbeiterkammer aus Ressourcengründen nicht bei jedem Umgestaltungsprozess direkt involvieren, sondern sie versucht eher durch Stellungnahmen u.ä. den Diskurs mitzubestimmen. Eine besondere Rolle nimmt der Bezirksvorsteher ein, der durch seine Position über spezifische Machtmittel verfügt und ganz konkret in den Gestaltungsprozess eingreifen kann. Denn er entscheidet nicht nur bei der Finanzierung mit, sondern kann auch explizite Wünsche im Plan einbringen. Die meisten NutzerInnen des Platzes sind jedoch darauf angewiesen, dass ihre Interessen von vornherein im Planungsprozess berücksichtigt werden und ihre Teilhabe eingeplant ist.

Der Heterogenität und hohen Anzahl an AkteurInnen zum Trotz gibt es über einige Punkte Einigkeit. Interessant ist der grundsätzliche Konsens, dass für den Umbau und die Finanzierung die öffentliche Hand zuständig sein sollte. Blickt man in andere Städte und vergegenwärtigt sich die Tendenz zur Privatisierung, ist dies keineswegs selbstverständlich. Darüber hinaus solle der Reumannplatz ein schöner Platz für alle sein, wo sich Menschen gerne aufhalten, sich wohl und sicher fühlen. Wenig überraschend ist die Erkenntnis, dass jedoch in der konkreten Umsetzung Interessengegensätze auftauchen. Ein Teil der Konflikte

kann auf technische Unvereinbarkeit zurückgeführt werden, ob bei einem zweiten Lift in der Platzmitte oder Bäumen oberhalb der Tiefgarage. Darüber hinaus scheinen Interessenkonflikte innerhalb der Bevölkerung auf, die sich aus den unterschiedlichen Nutzungswünschen und Vorstellungen im öffentlichen Raum ergeben.

Drei zentrale Interessen konnten bei den Befragten ausgemacht werden, denen jedoch jeweils unterschiedliche Vorstellungen zugrunde liegen: Sicherheitsgefühl, Belebtheit und Gleichberechtigung der Interessen. Zum Sicherheitsdiskurs ist zu sagen, dass es sich beim Reumannplatz im Gegensatz zu seinem Image um einen sehr sicheren Platz handelt und es bei der Debatte nicht darum ging, den Platz tatsächlich sicherer zu machen, sondern vordergründig das Sicherheitsgefühl der NutzerInnen zu steigern. Zwei unterschiedliche Zugänge konnten hier ausgemacht werden. Vonseiten der Planung wurde eher Wert auf gute Beleuchtung gelegt sowie hervorgehoben, dass durch das Wiener Linien-Gebäude in der Mitte des Platzes regelmäßig BusfahrerInnen den Platz passieren und dadurch soziale Kontrolle herstellen. Vonseiten der Wirtschaftskammer und drei Unternehmern vor Ort hätte eher ein größeres bessersituiertes Lokal in der Platzmitte zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl geführt. Auch die Frage nach der Belebtheit stellt ein umkämpftes Argument dar. Es steht außer Zweifel, dass von allen Befragten, aber auch von sonstigen AkteurInnen ein Platz gewünscht wird, der belebt und beliebt ist, gern und viel genutzt wird – nicht zuletzt auch, weil dadurch wiederum das Sicherheitsgefühl gesteigert werden kann. Doch es wird über ein und denselben Platz gesagt, dass er einer der belebtesten Orte Wiens sei, so hoch frequentiert, dass es für hochbetagte Personen gar eine Herausforderung darstellen kann, dort umzusteigen, aber auch, dass es sich um einen toten Platz handle – insbesondere im Winter. Durch die U-Bahn-Verlängerung sind die Umsteigerrelationen tatsächlich zurückgegangen, aber stark genutzt ist der Platz noch immer. Dennoch wird verschieden argumentiert, wie Belebung, also besonders Nutzung von längerer Dauer, gewährleistet werden kann. Dabei gehen die Antworten entweder in Richtung eines gastronomischen Angebots oder aber verschiedener, offen zugänglicher Nutzungsmöglichkeiten. Ähnliche Vorstellungen bzw. Idealvorstellungen des Platzes verstecken sich auch hinter dem Wort Aufwertung. Zuletzt wünschen sich alle Befragten eine „gerechte“ Berücksichtigung aller Interessen, was eine explizite Miteinbeziehung marginalisierter Bevölkerungsgruppen genauso bedeuten kann wie eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftstreibenden vor Ort.

Diese drei Interessen spiegeln sich besonders im Konflikt rund um ein zusätzliches größeres, hochpreisigeres Gastronomieangebot auf der Platzmitte wider, der besonders durch lokale Initiativen vorangetrieben wurde. Dabei lässt sich insbesondere der Einfluss der Gewerbetreibenden sowie der Wirtschaftskammer erkennen, deren Interessen zeitweise in einem Kompromissvorschlag, einem kleinen Café mit öffentlichen WC, mündeten. Dass – entgegen städtischer Tendenzen hinsichtlich einer Ausweitung kommerzieller und privater Nutzungen im öffentlichen Raum – kein großflächiger Gastronomiebereich eingerichtet wird, wie zwischenzeitlich vorgeschlagen, geht vor allem auf die Magistratsabteilungen, die Ergebnisse der Funktions- und Sozialraumanalyse sowie des Partizipationsverfahrens zurück, aber auch auf die lokale Initiative sowie die mediale Berichterstattung. Darüber hinaus war wohl auch entscheidend, dass die Wiener Linien ihr Gebäude dafür nicht zur Verfügung stellten.

Besonders relevant sind bei meinem Untersuchungsbeispiel die Rahmenbedingungen, die von der Stadt Wien vorgegeben waren. So wurde bei diesem Beispiel auf mehreren Ebenen explizit versucht, Verdrängung zu vermeiden. Schon 2015 gab die Stadt eine Funktions- und Sozialraumanalyse in Auftrag, um die Rahmenbedingungen, Potenziale und mögliche Verdrängungsmechanismen zu beleuchten sowie Empfehlungen zur Umgestaltung abzugeben. Diese wurde veröffentlicht und im Laufe des Prozesses immer wieder als Argumentarium herangezogen, was laut Befragten keine Selbstverständlichkeit darstellt. Darüber hinaus wurde das Partizipationsverfahren in besonders sensibler und reflektierter Weise durchgeführt. Bei diesem Beteiligungsverfahren wurde versucht, möglichst alle Menschen anzusprechen, die diesen Platz nutzen und dementsprechend vielfältig wurden die Methoden ausgestaltet. Viele der Beteiligungsaktionen fanden vor Ort statt und konnten schnell, niederschwellig und ohne Sprache anhand von Bildern durchgeführt werden. So sollten auch Menschen angesprochen werden, die wenig Zeit haben, Kinder oder ältere Menschen oder aber auch Personen mit geringen Deutschkenntnissen. Darüber hinaus wurden ergänzend Begehungen organisiert mit einer obdachlosen und einer blinden Person, um auch deren Sichtweisen auf den Platz miteinzubeziehen. Es sollten alle Menschen gleiches Mitspracherecht erhalten und es sollte niemand bevorzugt werden, weshalb den anrainenden Unternehmern ein eigener zusätzlicher Termin nicht gewährt wurde. Die Wünsche der Bevölkerung wurden zu großen Teilen berücksichtigt. Damit sich wohnungslose Personen oder Menschen mit viel Tagesfreizeit genauso dort aufhalten können wie Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sind eine Vielzahl an Plätzen und Sitzmöglichkeiten sowie viele, breite Wege eingeplant. Somit können Begegnungen auf Distanz ermöglicht werden. Außerdem wurde der Reumannplatz als Möglichkeitsraum mit vielen verschiedenen Nutzungsangeboten geplant. So sind u.a. ein Wasserelement, ein Schachbrett, Bewegungselemente, eine schattenspendende Pergola sowie mehr Bäume und Bänke vorgesehen. Einzig regengeschützte Sitzmöglichkeiten konnten nicht realisiert werden, die zuvor bei der ehemaligen Straßenbahnstation entlang des Wiener Linien-Gebäudes bestanden hatten. Es konnte im Rahmen der Arbeit nicht geklärt werden, warum das Bedürfnis nach Unterstellmöglichkeiten nicht berücksichtigt wurde, da dies vonseiten der Planung und der Beteiligung durchaus wünschenswert gewesen wäre. Zuletzt ist noch hervorzuheben, dass auch versucht wurde, gendersensibel zu planen. Nicht nur wurde dies explizit im Beteiligungsverfahren berücksichtigt, sondern die geplante Bühne wurde sogar gemeinsam mit der Mädchengruppe vor Ort konzipiert. Dadurch sollte den Mädchen und jungen Frauen mehr Raum gegeben werden, denn sie nutzen den Platz laut Studien unterdurchschnittlich. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei diesem Untersuchungsbeispiel die Stadtplanung eine progressive, inklusive Ausrichtung einschlug und Teilhabe explizit ermöglichte.

Die Bewertung des Umgestaltungsprozesses fiel bei den Befragten sehr positiv aus. Es sei begrüßenswert, dass eine so große Investition dort getätigt werde, aber auch mit dem derzeitigen Plan scheint es Zufriedenheit zu geben, wenngleich in Details Uneinigkeit besteht, was beispielsweise die Größe des Gastronomiebereichs, die Umsteigemöglichkeiten oder kleinere Aspekte in der Detailplanung betrifft. Es lässt sich sagen, dass der Umgestaltungsprozess hinsichtlich Teilhabe, Interessenausgleich und Miteinbeziehung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen mit Schwerpunkt auf die derzeitigen NutzerInnengruppen dennoch sehr

gut gelungen scheint. Auch dies ist vor dem Hintergrund zeitgenössischer Entwicklungen von Verdrängung und Gentrifizierung besonders hervorzuheben.

## 2. Kontextualisierung und Bewertung

Stellt das beschriebene Beispiel nun eine Ausnahme in einer außergewöhnlichen Stadt dar oder kann es stellvertretend für allgemeine städtische Entwicklungen stehen? Um diese Frage zu beantworten, wird auf jene Phänomene eingegangen, die in aktuellen Stadtentwicklungsdiskursen vor dem Hintergrund zunehmender Interessen am öffentlichen Raum immer wieder eine Rolle spielen: Kommerzialisierung und Privatisierung sowie Gentrifizierung und Verdrängung. Darüber hinaus ist auch der Stellenwert, der vonseiten der Politik und der Verwaltung dem öffentlichen Raum beigemessen wird, relevant für eine allgemeine Einschätzung.

Unbestritten ist, dass nicht nur in Wien, wie in den meisten Städten in Europa, aber auch global, jährlich mehr Menschen leben. (vgl. UNITED NATIONS, DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, POPULATION DIVISION, , 2018, S. 2) Auch Wien verzeichnet seit etwa 30 Jahren steigende Bevölkerungszahlen, was laut Prognosen weiterhin anhalten wird. Es wird prognostiziert, dass in den kommenden dreißig Jahren in Wien 15,5%, also 289.000 Menschen mehr leben werden und die Stadt somit 2027 mehr als 2 Millionen EinwohnerInnen haben wird. (vgl. BAUER u. a., 2018, S. 3) Mehr Menschen teilen sich den gleichen Raum – allein dadurch steigt der Nutzungsdruck auf städtische Infrastruktur und damit auf den öffentlich Raum.

### ***Öffentlicher Raum und Mitbestimmung***

Auch wenn die Stadtverwaltung seit 1988 das Motto „Wien ist anders“ für Marketingzwecke gebraucht und ebenso in der Wissenschaft diskutiert wird, inwiefern dies auf die Stadtplanung zutrifft, kann laut Knierbein u.a. festgehalten werden, „that Vienna is not unlike the mainstream of cities“, auch wenn sie wie andere Städte auch von ihrer spezifischen politischen Kultur und strukturellen Bedingungen und Veränderungen geprägt ist. (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 23) So wie andere Städte, reagiert Wien mit seinen Strategien auf Herausforderungen und Transformationen, die ebenso andernorts sichtbar werden. (vgl. ebd. S. 26)

Wien verfolgt nach Knierbein u.a. „a particular type of politics of public space in order to accommodate structural changes more smoothly and to pursue a political balance between quite differing political goals (e.g., ‘social cohesion‘, ‘economic competitiveness‘, ‘ecological sustainability‘, etc.).“ (KNIERBEIN u.a., 2014, S. 24) Die sogenannte „sanfte Stadterneuerung“ wurde in Wien seit 1974 etabliert und stellt leistbaren bzw. geförderten Wohnraum, soziale Nachhaltigkeit sowie eine „umfassende Erneuerungsstrategie der ‚Kernstadt‘“ in den Mittelpunkt: „Durch gezielte Sanierungs- und Neubaumaßnahmen werden Grätzler oder Viertel aufgewertet und verjüngt.“ (MAGISTRAT DER STADT WIEN, 2016, S. 106)



Doch auch wenn Wien als räumlich integrierte Stadt gilt, fallen bei näherer Betrachtung verschiedene Formen der Ungleichheit auf – sowohl räumlich, als auch in den Vorstellungen der BewohnerInnen selbst. (vgl. (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 24) Geht es um die Qualität und Quantität öffentlicher Räume, gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Bezirken. Knierbein u.a. machen dies u.a. an der Menge investierten Vermögens, an der Diversität der jeweiligen Bevölkerung, der Qualität geschaffener Räume und der Verteilung von Steuergeldern auf die Bezirke in Relation zu den EinwohnerInnen fest. (vgl. ebd. S. 25) Zwar wurden in Favoriten in den letzten Jahren kleinere Projekte realisiert, wie etwa die Favoritenstraße 2005 und 2010, vom „50 Orte Programm“, das 2001-2012 durchgeführt wurde, fanden allerdings nur zwei Projekte im 10. Bezirk statt, während sich 12 im 1. Bezirk befanden. Es wird deutlich, dass „[t]he bigger the districts and the larger their population, the less the reshaping of public spaces is in the focus of public policies and of public investments.“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 25)

Neben der „sanften Stadterneuerung“ und der sozial orientierten Stadtentwicklung wird Wien auch als Ort von eher langsamen Veränderungen beschrieben. Nach Dangschat und Hamedinger fällt Wien damit auf, dass allgemeine Trends und Entwicklungen, die in anderen europäischen Städten bereits sichtbar sind, verspätet oder in einer „Austro“-Version auftauchen. (vgl. DANGSCHAT & HAMEDINGER, 2009, S. 95 f.) Spezielle Aspekte der Wiener Stadtentwicklung sind laut Knierbein u.a demnach:

„the (still) strong position of the state in (usually policy driven) urban development; the neo-corporatist tradition; the investment and assets policy of the public administration [(v.a. im Bereich Wohnbau)]; and, finally, the strong focus on fair redistribution of tax revenue into public services.“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 26 f.)

Die aktuelle Rolle des Wiener Wohnbaus wird in Literatur und Politik unterschiedlich diskutiert. Einerseits gibt es kritische Stimmen, die von einem Einflussverlust der öffentlichen Hand sprechen – zugunsten privater InvestorInnen.<sup>4</sup> Andererseits werden in Wien neue Steuerungsinstrumente geschaffen, wie etwa die Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ wodurch relativ stark in die Stadtentwicklung hinsichtlich sozialer Faktoren eingegriffen wird. (vgl. STADT WIEN 2019) Knierbein u.a. meinen dazu, dass diese zentrale Rolle des Wohnbaus zum Teil der Rolle öffentlicher Räume übertragen wurde, was u.a. an den Erwähnungen im STEP 94 erkennbar ist. (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 27) Dort wird „das Recht auf ein Leben in Sicherheit und dabei auch das Recht auf ein begründetes Gefühl der Sicherheit“ beschrieben, das durch einen modernen Planungsansatz erreicht werden soll, „der auf Prävention, Planung, Entwicklung, Gestaltung und Betreuung der öffentlichen Räume und auf Stärkung der zivilgesellschaftlichen Entwicklung setzt.“ (PIRHOFER & STIMMER, 2007, S. 130) Seitdem wird dem öffentlichen Raum zunehmend Bedeutung beigemessen. 2006 folgt der Bericht „Integration im öffentlichen Raum“, der die bereits eingesetzten Tendenzen nochmals unterstreicht und den öffentlichen Raum in breiterem Kontext betrachtet und über das traditionelle räumliche Planungsverständnis hinausgeht. Das Instrument der Sozialraumanalyse wird eingeführt. Damit will man der Entwicklung Rechnung tragen, dass

---

<sup>4</sup> Siehe hierzu: SEIB, Reinhard (2013): Wer baut Wien? Hintergründe und Motive der Stadtentwicklung Wiens seit 1989. Salzburg: Pustet. Siehe auch: NOVY, Andreas, REDAK, Vanessa, JÄGER, Johannes, HAMEDINGER, Alexander (2001): The End of Red Vienna: Recent Ruptures and Continuities in Urban Governance. In: European Urban und Regional Studies 8(2), S. 131-144.

die traditionellen Räume der Integration (Arbeits- und Wohnungsmarkt) ihre frühere starke Rolle in der systemischen Integration eingebüßt haben. (vgl. KNIERBEIN u. a., 2014, S. 27) 2009 gibt die Stadt Wien „FreiraumStadttraumWien. Vorsorge, Gestaltung, Management. Das Wiener Leitbild für den öffentlichen Raum“ heraus, 2015 das „Fachkonzept Grün- und Freiraum“ und 2018 schließlich das „Fachkonzept Öffentlicher Raum“, das urbane, frei zugängliche, öffentliche Räume behandelt. (vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 13) Als Ziele werden fünf Kategorien definiert: lebendig und weltoffen, sozial gerecht und geschlechtergerecht, bildend und aktivierend, ökologisch und robust sowie partizipativ und identitätsstiftend. (vgl. ebd. S. 19 f.) Dabei soll u.a. vor allem auf jene Personen Rücksicht genommen werden, die den öffentlichen Raum besonders benötigen. Aus den Zielen werden auch Indikatoren abgeleitet, wie etwa steigende Anzahl an Sitzmöbeln, Trinkwasserangebote, Spielangebote, Bäume, Beteiligungsverfahren usw. (vgl. ebd. S. 19)

### ***Kommerzialisierung und Privatisierung***

Dass bei der Umgestaltung des Reumannplatzes kein Kommerzialisierungs- oder Privatisierungsprozess stattgefunden hat, lässt sich nicht automatisch auf einen allgemeinen Trend in Wien übertragen. Geht es um die quantitative Ausbreitung privater Nutzungen im öffentlichen Raum, kann auch in Wien von einem Anstieg gesprochen werden. Insbesondere temporäre Nutzungen, kulturelle und kommerzielle Veranstaltungen an zentralen Orten, wie etwa dem Rathausplatz haben einen Anstieg zu verzeichnen, was auch unter dem Stichwort „Festivalisierung“ beschrieben wird.<sup>5</sup> Darüber hinaus werden Arbeits- und Öffnungszeiten verlängert und Events wie Open-Air-Kinos oder Public-Viewings nehmen zu, worin Bork u.a. eine steigende Kommerzialisierung beobachten. (vgl. BORK u. a., 2015, S. 10) Auch im „Fachkonzept Öffentlicher Raum“ ist diese Entwicklung beschrieben, wenngleich dies nicht auf alle Stadtbereiche zutrifft:

„Die kommerziellen Nutzungen des öffentlichen Raums haben an attraktiven Orten und in zentralen Lagen Wiens in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen. Dabei geht es sowohl um Verkaufsstände als auch um gastronomische Angebote.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 16)

Auch hinsichtlich der Finanzierung lässt sich in Wien erkennen, dass neue Kooperationen zunehmen:

„Da die Finanzen der Gebietskörperschaften generell knapper werden, sind auch weniger finanzielle Ressourcen für den Bau und die Erhaltung des öffentlichen Raums vorhanden. Gleichzeitig werden aufgrund des prognostizierten Bevölkerungswachstums mehr neue öffentliche Räume notwendig. Aus diesen Gründen nehmen Modelle zur Finanzierung durch Kooperationen mit privaten AkteurInnen zu.“ (ebd. S. 16)

Die rechtliche Grundlage wurde in der Wiener Bauordnung 2014 geschaffen, in der

---

<sup>5</sup> Siehe u.a.: HATZ, Gerhard (2011): Die Festivalisierung der Stadt. Das Beispiel Wien. In: MATZNETTER, Walter, MUSIL, Robert: Europa: Metropolen im Wandel. Wien: Mandelbaum, S. 279-292, 2011.  
HOFER, Gerhard (2008): Die Festivalisierung der Stadt. Am Beispiel des Wiener Rathausplatzes. Diplomarbeit. Universität Wien, Wien.  
KRISCH, Astrid und HILTGARTNER, Karin (2019): Vienna Town Hall Square: being put into place between Festivalization and the Right to Public Space. In: Der öffentliche Sektor 45(2), S. 37-46.

privatrechtliche Vereinbarungen in Bezug auf die Flächenvorsorge geregelt sind. (vgl. ebd.) Beispiele sind hierbei z.B. die Neugestaltung der Herrengasse, „[d]ie erste privat finanzierte Begegnungszone Wiens“ (JAHN, 2017, S. 8) oder auch die Umgestaltung der Rotenturmstraße, die in Kooperation privater und öffentlicher AkteurInnen finanziert wird. (vgl. PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN, 2019) Ritt kritisiert dabei einerseits, dass diese Projekte nur kurzfristig kostengünstiger sind und private Hausordnungen sich leichter durchsetzen können, aber auch Investitionen in den öffentlichen Raum eher dort entstehen, „wo private Investoren ein Verwertungsinteresse haben“ und nicht „wo sie am dringendsten gebraucht werden.“ (RITT, 2017, S. 67) Durch die Sparvorgaben, die von Bund und EU vorgegeben werden und u.a. im 2012 in Kraft getretenen Österreichischen Stabilitätspakt festgeschrieben sind, werden neue Investitionen auf Kreditbasis verhindert und damit öffentliche Ausgaben eingeschränkt. (vgl. ebd. S 66 f.)

Maßnahmen sollen in diesem Sinne „[v]or dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Budgets“ aus Sicht der Verwaltung „kosteneffizient“ umgesetzt werden, da „auch mit wenig finanziellen Mitteln große Verbesserungen in der Aufenthaltsqualität herbeigeführt werden können.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 19) Im Budget-Voranschlag der Stadt Wien für 2019 ist von „vernünftigem Sparen, smarten Reformen und gezielten Investitionen“ zu lesen. (STADT WIEN, 2018, Vorwort)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass vor allem zwei Formen der Privatisierung im öffentlichen Raum in Wien realisiert und diskutiert werden. Einerseits nehmen privatisierte Nutzungsformen in Form von Veranstaltungen aber auch gastronomischen Angeboten und Schanigärten zu, weshalb auch von Kommerzialisierung gesprochen werden kann. Am Donaukanal oder am Yppenplatz lassen sich diese Entwicklungen gut aufzeigen. Diese Tendenz ist zu erkennen, auch wenn vonseiten der Stadt ausdrücklich ein ausgeglichenes Verhältnis angestrebt wird und dem konsumfreien Raum ein sehr hoher Stellenwert zugeschrieben wird. Andererseits ist auch die Tendenz sichtbar, dass sich zunehmend Private bei der Finanzierung von Projekten im öffentlichen Raum beteiligen, beispielsweise in Form von Public-Private-Partnerships. Andere Formen wie etwa die Auslagerung von Überwachung, Erhalt und Pflege an private Dienstleister scheinen in Wien weniger relevant zu sein. Auch streng abgeschottete Wohnkomplexe wie Gated Communities und andere Formen der stark privatisierten Räume auf öffentlichem Grund scheinen sich nicht stark auszubreiten.

### ***Gentrifizierung und Verdrängung***

Wie zuvor beschrieben, wurde bei der Umgestaltung des Reumannplatzes besonders darauf geachtet, keine Menschen von diesem Ort zu vertreiben. Auch hier stellt sich die Frage, ob dieser Zugang generell in Wien vorherrscht.

Gentrifizierung, also „Verdrängungsprozesse einkommensberaubter Gruppen in Städten und (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit“ (HAMMER & WITTRICH, 2019, S. 125), wird meistens mit Wohnbau in Verbindung gebracht. Wohnraum wird teurer, knapper und gilt als Speku-

lationsobjekt mit dem Ziel steigender Profite, wodurch ärmere Menschen wegziehen (müssen). So wird beispielsweise in einer Studie der Arbeiterkammer Wien argumentiert, die „erstmal einen Überblick über den Stand der Forschung und Praxis zu Gentrifizierung in Wien“ bietet. (KADI & VERLIČ, 2019, S. 8) Untersucht wurden u.a. Entwicklungen am Yppenplatz bzw. Brunnenmarkt, am Karlsplatz oder Praterstern.<sup>6</sup> (vgl. HAMMER & WITTRICH, 2019) (vgl. DIEBÄCKER, 2019) Diese Erkenntnis legt nahe, dass im öffentlichen Raum Probleme sichtbar werden, die gar nicht vom oder im öffentlichen Raum gelöst werden können, sondern deren Wurzeln und Ursachen in anderen Bereichen liegen. (vgl. HAMMER, 2016, S. 69)

Trotzdem spielt die Umgestaltung öffentlicher Räume in dieser Diskussion eine nicht zu unterschätzende Rolle, auch wenn Diebäcker schreibt: „Die Bedeutung des öffentlichen Raums für die Gentrifizierung von städtischen Quartieren und die Inwertsetzung von Immobilien ist in der Fachliteratur kaum beschrieben.“ (DIEBÄCKER, 2019, S. 141) Diebäcker untersucht diesen Zusammenhang anhand zweier Beispiele in Wien (Karlsplatz und Praterstern) und kommt zu dem Schluss, „dass sich Attraktivierungsstrategien an Nutzungspräferenzen von Ober- und Mittelklassenmilieus ausrichten, womit Grenzen ‚neu‘ gezogen werden, was im öffentlichen Raum künftig als tolerabel und was als intolerabel gelten soll.“ (ebd.) Der Autor stellt fest, dass auch in Wien eine „investitionsbegünstigende Wirtschaftspolitik“ vorherrscht, „um Kapital anzuziehen“ und damit „[g]ünstige Steuerpolitiken, Bereitstellung öffentlicher Flächen und Infrastruktur, großflächige Entwicklungsprojekte im Immobiliensektor oder staatlich-private Entwicklungsbündnisse“ legitimiert werden. (ebd.)

„Die Bedeutung des öffentlichen Raums wird in den transnationalen Vermarktungsstrategien Wiens mitvermittelt, wenn ‚weiche‘ Standortfaktoren wie hohe Lebensqualität propagiert werden oder die Festivalisierung der Stadt über Historie, Kultur oder Natur inszeniert wird.“ (ebd. S. 143)

Für Diebäcker können (Um-)Gestaltungen im öffentlichen Raum auch ausschließende Wirkung haben, was er wie folgt argumentiert:

„Denn höhere oder mittlere Klassenmilieus fühlen sich durch Wohn- und Freiraumprojekte durchaus angesprochen, werden möglicherweise partizipativ beteiligt und treffen auf ihnen bekannte, präferierte Nutzungsweisen in öffentlichen Räumen. Es sind vielmehr die weniger beachteten oder problematisierten Gruppen, ihre differenten und meist weniger geschätzten Lebensstile und Verhaltensweisen, die direkt oder indirekt bzw. „schleichend“, z. B. im Gefühl ‚nicht gemeint zu sein‘ oder ‚nicht dazuzugehören‘, ausgegrenzt werden.“ (DIEBÄCKER, 2019, S. 144)

Wenn durch eine Änderung oder Umgestaltung an einem öffentlichen Raum die Normvorstellungen über „schön“, „normal“ oder „moralisch richtig“ gesteigert werden, gehen damit meist soziale Ein- und Ausschlüsse einher, da dadurch ein „Konformitätsdruck auf jene sozialen Gruppen [erzeugt wird], die nicht direkt als Zielgruppe der Aufwertung adressiert werden.“ Somit werden in diesen Aufwertungen auch stets „Hierarchisierungs- und Homogenisierungseffekte“ sichtbar. (DIEBÄCKER, 2019, S. 150 f.)

---

<sup>6</sup> Siehe auch: DLABAJA, Cornelia (2016): Das Wiener Brunnenviertel: urbane Raumproduktion: eine Analyse des Wandels von Stadträumen. Wien: new academic press.  
Siehe auch: REDL, Ferdinand (2014): Gentrifizierung im Stuwerviertel: Verdrängungsprozesse in Aufwertungsgebieten. Masterarbeit. Universität Wien, Wien.

Laut Wehrheim können auch Materialien und Gestaltungsobjekte, die elitär oder exklusiv wirken, wie z. B. Marmor, Granit oder Glas, dazu eingesetzt werden, den öffentlichen Raum zu „veredeln“ und damit eine ausgrenzende Wirkung erzielen. (WEHRHEIM, 2012, S. 117) Über Ästhetik hinaus können auch Design und Raummobiliar ausgrenzend wirken wie beispielsweise ungemütlich gestaltete oder entfernte Sitzmöglichkeiten, Umnutzung oder Umbauten von Nischen und Rückzugsorten oder auch Entfernung von „Unterstandsmöglichkeiten wie Bushaltestellenhäuschen“. (ebd. S. 118 f.) Welche Entwicklungen und Strategien des Ausschlusses in Parks stattfinden, „entscheidet sich danach, ob ‚unerwünschte‘ Personen präsent sind, präsent werden könnten und vor allem, wie zahlreich diese sind, welche Lobby die Anwohner und lokalen Unternehmen haben sowie welche Nutzung für einen Stadtteil in der Zukunft vorgesehen ist.“ (WEHRHEIM, 2012, S. 177)

Dazu zählt auch, dass auch bestimmte kommerzielle Nutzungen Verdrängungstendenzen mit sich bringen können, da z.B. durch ein hohes Preisniveau von Geschäften und gastronomischen Angeboten „sozial Schwache ausgeschlossen und (dauerhaft) verdrängt werden können.“ (BORK u. a., 2015, S. 14) Weitere Ausgrenzungsmechanismen können etwa polizeiliche Kontrollen oder Alkoholverbote sein, da sie marginalisierte Personengruppen aus dem öffentlichen Raum vertreiben. (vgl. DIEBÄCKER, 2019, S. 150) Neben expliziten und impliziten Zugangsbeschränkungen können auch das Entfernen von gemütlichen Sitz- oder Liegemöglichkeiten oder die Einrichtung von Überwachungsmethoden oder unangenehmer Licht- und Toninstallationen zu Verdrängung führen. (vgl. HAMMER, 2016, S. 68 f.) Während anhand des Untersuchungsbeispiels gezeigt wurde, dass Inklusion explizit gewünscht wurde, gibt es auch in Wien Untersuchungen, die Prozesse und Mittel der Verdrängung feststellen, wie etwa in der Diplomarbeit von Christian Glantschnigg, der drei Orte im 1., 6. und 12. Bezirk beleuchtet hat. (vgl. GLANTSCHNIGG, 2011)

Wenn darüber hinaus aufgrund der steigenden Mieten längerfristig einkommensschwächere Personen vom umgestalteten bzw. aufgewerteten Platz wegziehen, entsteht ein eher sozial entmischtes Gebiet, statt einer stärkeren sozialen Inklusion. (vgl. KNIERBEIN, 2016, S. 48) Selbst Partizipation ist nicht zwingend ein Garant dafür, diesen Prozess aufzuhalten, denn auch auf der „stadtplanerischen Ebene der politischen Bauregulierungen [müssen] Aspekte von Bestands- und Mietschutz“ miteinbezogen werden. (ebd.) Um Gentrifizierung entgegenzuwirken, fordert Knierbein, dass „in der politischen Abwägung die soziale Dimension öffentlicher Räume stärker [bewertet werden soll] als die positiven Effekte möglicher standortpolitischer Aufwertungsprozesse [...]“, denn wenn die Bevölkerung stärker durchmischt ist, ist auch der soziale Frieden stabiler. (ebd.) Denn wenn sich an bestimmten Orten „verschärfte Trennungsprozesse von Klassen, Gruppen, Inkludierten und Exkludierten, Etablierten und Außenseitern zeigen“ und sich damit „Kontakte reduzieren, fehlen Gelegenheiten des Lernens von Urbanität, des Sehens, Riechens und Hörens von Differenz, des Lernens des Umgangs mit Konflikten.“ (WEHRHEIM, 2012, S. 235)

Einmal mehr kann gesagt werden, „that the development and use of these spaces mirror the way a society is organized, shaped by unequal distribution of power and resources, which creates tension and conflict as well as collaboration and compromise.“ (MADANIPOUR, 2010, S. 2)

## Fazit

Auf Basis des empirischen Materials lässt sich sagen, dass es sich bei der Umgestaltung des Reumannplatzes um einen überaus inklusiven Prozess handelte, bei dem nicht nur viele unterschiedliche Interessen und AkteurInnen sichtbar aufeinandertrafen, sondern auch die Meinungen und Bedürfnisse von vulnerablen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt wurden. Da auf den Interessenausgleich bei der Planung großer Wert gelegt wurde, beurteilten die zentralen AkteurInnen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und Verwaltung den Prozess und die Umgestaltung schlussendlich als überwiegend positiv. Aufgrund der Bevölkerungs- und Nutzungsstruktur in der unmittelbaren Umgebung kann darüber hinaus davon ausgegangen werden, dass der von vielen NutzerInnen geschätzte Reumannplatz auch weiterhin stark genutzt werden wird.

Damit reiht sich das Beispiel in den aktuellen Planungsprozess der Stadt Wien, worin dem öffentlichen Raum großer Stellenwert beigemessen wird. Wie in den entsprechenden Fachkonzepten nachzulesen ist, geht es dabei neben lebendigen, weltoffenen, sozial gerechten, ökologischen und partizipativen Räumen vor allem auch um den Ausgleich der verschiedenen Interessen, wofür u.a. auf Instrumente der Funktions- und Sozialraumanalyse sowie Partizipationsverfahren zurückgegriffen wird. Dieser Planungsablauf wurde bereits bei der Umgestaltung der Meidlinger Hauptstraße erfolgreich angewandt.

Das Inklusive am Umgestaltungsprozess des Reumannplatzes war demnach kein zufälliger Prozess, wenngleich es keine Selbstverständlichkeit darstellt. Wie gezeigt wurde, sind auch in Wien Verdrängungsmechanismen im öffentlichen Raum zu beobachten. Diese können sowohl durch Verbote, hochpreisige gastronomische Angebote oder Umgestaltung und Aufwertung ausgelöst werden, als auch längerfristig durch lokale Mietsteigerungen. Auch rund um den Reumannplatz ist die Sorge vor zukünftiger Gentrifizierung – aufgrund steigender Immobilienwerte – deutlich. Auch hinsichtlich Privatisierungstendenzen gibt es in Wien verschiedene Entwicklungen. Einerseits scheint es am Beispiel Reumannplatz kaum Thema gewesen zu sein, sowohl was die Finanzierung als auch den Erhalt und schlussendlich die Nutzung betrifft. Andererseits lässt sich in der Stadt eine Zunahme an (teil-)privatisierten öffentlichen Flächen erkennen, also eine Zunahme u.a. kommerzieller Nutzungen oder privat finanzierter Projekte.

Allgemein lässt sich ein gesteigertes Interesse am öffentlichen Raum erkennen, sowohl in der Zivilgesellschaft und der Verwaltung, als auch in Bezug auf mediale Berichterstattung und kommerzielle Vermarktungsinteressen. Hinzugefügt sei allerdings, dass der öffentliche Raum seit jeher Ort der Auseinandersetzung verschiedener Interessen und Repräsentation gesellschaftlicher Strukturen und damit stets auch einem Wandel unterworfen ist. Bei aller Relevanz, der dem öffentlichen Raum zurecht zugesprochen wird, muss auch betont werden, dass dieser nicht getrennt von Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie den sozialen Sicherungssystemen gesehen werden kann, um die Ansprüche an den öffentlichen Raum nicht zu hoch anzusetzen. Dennoch erfüllt der öffentliche Raum wichtige Funktionen in einer Stadt und wird demnach auch in Zukunft vor allem vor dem Hintergrund steigender Bevölkerungszahlen, steigender Sommertemperaturen und einer heterogenen Stadt wichtiger werden. Dabei ist zu beachten, dass öffentlicher Raum nicht nur alle paar Jahre neu

umgestaltet und konstruiert wird, sondern täglich neu entsteht, je nachdem wer dort welche Möglichkeiten zur Mitgestaltung und zum Aufenthalt hat und wer davon eher ausgeschlossen wird. Für eine lebendige, demokratische und gerechte Stadt ist es deshalb unabdingbar, Entwicklungen zu beobachten, den Diskurs mitzugestalten und den (öffentlichen) Raum aktiv zu nutzen. Denn um mit David Harvey (vgl. 2014, S. 20) zu sprechen, gehört die Stadt in erster Linie jenen, die darin wohnen und städtisches Leben tagtäglich herstellen und aufrechterhalten.

## Literatur

BAUER, Ramon, FENDT, Christian, HAYDN, Gerlinde, REMMEL, Wolfgang, SEIBOLD, Eva (2018): Kleinräumige Bevölkerungsprognose Wien 2018. In: MA 23 – WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK (Hrsg.): Statistik Journal Wien 1/2018. Wien.

BORK, Herbert, ZECH, Sibylla, KLINGLER, Stefan (Hrsg.) (2015): Stadtpunkte 16: Kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzung im öffentlichen Raum. Wien.

BUNKE, Christian (2018): Schöner sitzen am Reumannplatz? Im Gegensatz zur Bevölkerung wünscht sich die Wirtschaftskammer Kommerzialisierung. In: Augustin, 25.8.2018, S. 13.

DANGSCHAT, Jens S., HAMEDINGER, Alexander (2009): Planning culture in Austria – The case of Vienna, the unlike city. In: Jörg KNIELING (Hrsg.): Planning cultures in Europe: decoding cultural phenomena in urban and regional planning. New York u.a.: Routledge, S. 95-112.

DIEBÄCKER, Marc (2019): Gentrifizierung und öffentliche Räume. Über das Zusammenspiel von Aufwertung, Sicherheit und Ordnung an urbanen Plätzen. In: KADI, Justin, VERLIČ, Mara (Hrsg.): Stadtpunkte 27: Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. Wien, S. 141–151.

GLANTSCHNIGG, Christian (2011): Die Stadt der Exklusion. Prozesse und Mittel der Verdrängung aus öffentlichen Räumen der Stadt Wien. Diplomarbeit Universität Wien, Wien.

GRUBER, Sonja, JAUSCHNEG, Martina (2016): Reumannplatz. Funktions- und Sozialraumanalyse. In: Stadtentwicklung Wien, MA 19 (Hrsg.): Werkstattbericht 164. Wien.

HAMMER, Katharina (2016): Nutzung und Konflikte. In: PRENNER, Peter (Hrsg.): Stadtpunkte 19: Wien wächst – öffentlicher Raum. Die Stadt als Verteilungsfrage, S. 61–73.

HAMMER, Katharina, WITTRICH, Judith (2019): Gentrifizierungsprozesse im öffentlichen Raum: Grenzziehungen und Exklusionsmechanismen. In: KADI, Justin, VERLIČ, Mara (Hrsg.): Stadtpunkte 27: Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis, S. 125–140.

HARVEY, David (2014): Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.

INITIATIVE OFFENER REUMANNPLATZ (o.J.): INITIATIVE OFFENER REUMANNPLATZ (IOR); online verfügbar unter: <http://ior.kulturraum10.at/> (16.01.2020).

JAHN, Harald A. (2017): Die neue Herrengasse. Die erste privat finanzierte Begegnungszone Wiens. In: VEREIN REGIONALE SCHIENEN – VEREIN ZUR FÖRDERUNG ÖKOLOGISCH VERTRÄGLICHER MOBILITÄT (Hrsg.): Forum Mobil 1/2017, S. 8–9.

KADI, Justin, VERLIČ, Mara (2019): Einleitung. In: KADI, Justin, VERLIČ, Mara (Hrsg.): Stadtpunkte 27: Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis, S. 7–12.

KNIERBEIN, Sabine (2016): Öffentliche Räume als Handlungssphären des städtischen Strukturwandels in Europa. In: Peter PRENNER (Hrsg.): Stadtpunkte 19: Wien wächst - öffentlicher Raum. Die Stadt als Verteilungsfrage. Wien, S. 40–60.

KNIERBEIN, Sabine, MADANIPOUR, Ali, DEGOS, Aglaée (2014): Vienna. (Re)Framing Public Policies, (Re)Shaping Public Spaces? In: Ali MADANIPOUR, Sabine KNIERBEIN, Aglaée DEGOS (Hrsg.): Public Space and the Challenges of Urban Transformation in Europe. New York, London: Routledge, S. 23-37.

LÖW, Martina (2017): Raumsoziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

MA 23 – WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK (o.J.): Lohnsteuerpflichtige Einkommen nach Bezirken 2017 Frauen und Männer - Offizielle Statistik der Stadt Wien; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/arbeitsmarkt/tabellen/einkommen-gesamt-bez.html> (30.10.2019).

MADANIPOUR, Ali (2010): Introduction. In: Ali MADANIPOUR (Hrsg.): Whose Public Space? International Case Studies in Urban and Development. London: Routledge, S. 1-15.

MAGISTRAT DER STADT WIEN (Hrsg.) (2016): Smart City Wien, Rahmenstrategie. Wien.

NN. (2018a): Wieso Unternehmer am Reumannplatz einen Gastro-Pavillon fordern. In: Kurier online, 16.8.2018; online verfügbar unter: <https://kurier.at/chronik/wien/wieso-unternehmer-am-reumannplatz-einen-gastro-pavillon-fordern/400091726> (01.11.2019).

NN. (2018b): Protest gegen „Prosecco-Zone“ am Reumannplatz. In: ORF online, 5.10.2018; online verfügbar unter: <https://wien.orf.at/v2/news/stories/2939941/> (01.11.2019).

NN. (2020): Wiens neugestalteter Reumannplatz eröffnet. In: Vienna.at, 10.09.2020; online verfügbar unter: <https://www.vienna.at/wiens-neugestalteter-reumannplatz-eroeffnet/6735493> (20.09.2020).

PIRHOFER, Gottfried, STIMMER, Kurt (2007): Pläne für Wien. Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18 (Hrsg.). Wien.

PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN (2019): Die Neugestaltung der Rotenturmstraße ist geschafft! OTS.at, 14.11.2019; online verfügbar unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20191114\\_OTSO201/die-neugestaltung-der-rotenturmstrasse-ist-geschafft](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191114_OTSO201/die-neugestaltung-der-rotenturmstrasse-ist-geschafft). (13.12.2019).

PUFLER, Karl (2018): Zwist um den Reumannplatz Neu. Mein Bezirk Online, 5.10.2018; online verfügbar unter: [https://www.meinbezirk.at/favoriten/c-lokales/zwist-um-den-reumannplatz-neu\\_a2951883](https://www.meinbezirk.at/favoriten/c-lokales/zwist-um-den-reumannplatz-neu_a2951883) (01.11.2019).

RITT, Thomas (2017): Gutes Leben für alle braucht öffentlichen Raum für die Schwächsten.



In: MA 18 – STADTENTWICKLUNG WIEN (Hrsg.): Werkstattbericht 173: Gutes Leben für alle braucht eine andere Globalisierung. Herausforderungen für Städte und Regionen. Wien, S. 66–68.

SCHERNDL, Gabriele (2019): Umbau am Reumannplatz: Mehr Grün und wohl doch weniger Gastro. In: Der Standard online, 12.9.2019; online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000108549340/umbau-am-reumannplatz-mehr-gruen-und-wohl-doch-weniger-gastro> (16.01.2020)

SCHMID, Christian (2010): Stadt, Raum und Gesellschaft: Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. Stuttgart: Steiner.

SCHRENK, Julia (2019): So wird der neue Reumannplatz aussehen. In: Kurier online, 12.9.2019; online verfügbar unter: <https://kurier.at/chronik/wien/so-wird-der-neue-reumannplatz-aussehen/400603637> (16.01.2020).

SELLE, Klaus (2003): Öffentliche Räume. Drei Annäherungen. In: SELLE, Klaus (Hrsg.): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte. Aachen, Dortmund, Hannover: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 13-94.

SPÖ WIEN RATHAUSKLUB (2018): BV Marcus Franz: „Reumannplatz als Ort der Begegnung für alle“. OTS.at, 10.10.2018; online verfügbar unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181010\\_OTSO134/bv-marcus-franz-reumannplatz-als-ort-der-begegnung-fuer-alle](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181010_OTSO134/bv-marcus-franz-reumannplatz-als-ort-der-begegnung-fuer-alle) (01.11.2019).

STADT WIEN (Hrsg.) (2018): Voranschlag der Stadt Wien 2019; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/finanzen/budget/pdf/va19.pdf> (16.01.2020)

STADT WIEN (Hrsg.) (2019): Neue Flächenwidmung für geförderten Wohnbau; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/bauen-wohnen/bauordnungsnovelle-gefoerderter-wohnbau.html> (20.09.2020).

STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18 (Hrsg.) (2018): Werkstattbericht 175: Stadtentwicklungsplan 2025 – Fachkonzept Öffentlicher Raum. Wien.

UNITED NATIONS, DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, POPULATION DIVISION (2018): The World's Cities in 2018 – Data Booklet. New York: UN; online verfügbar unter: [https://www.un.org/en/events/citiesday/assets/pdf/the\\_worlds\\_cities\\_in\\_2018\\_data\\_booklet.pdf](https://www.un.org/en/events/citiesday/assets/pdf/the_worlds_cities_in_2018_data_booklet.pdf) (20.01.2020)

WEHRHEIM, Jan (2012): Die überwachte Stadt: Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen u.a.: Budrich.

WITTSTOCK, Birgit (2018): Die Bobos kommen. Mit dem Sonnwendviertel kamen die Besserverdienenden, nun soll ein schickes Gastroprojekt am Reumannplatz entstehen. Steht Favoriten vor der Gentrifizierung? In: Falter 43/18, 23.10.2018; online verfügbar unter: <https://www.falter.at/zeitung/20181023/die-bobos-kommen> (20.01.2020).

WITTSTOCK, Birgit (2020): FALTER. maily #315 – WWCSS. In: Falter.maily, 10.09.2020; verfügbar unter: <https://www.falter.at/maily/451/315-wwcss> (20.09.2020).